

Politische Vision oder politischer Aktionismus? Die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland

Kurzzusammenfassung des Vortrags vom 19.05.2008

Dr. Peter Zervakis (Hochschulrektorenkonferenz, Bonn)

Der Referent führte einleitend aus, dass schon unmittelbar nach Unterzeichnung der Bologna-Erklärung von 1999 in Deutschland eine leidenschaftliche Kontroverse über Sinn und Unsinn des viel zitierten „Bologna-Prozesses“ begann, die für den notwendigen Reformprozess der Hochschulen nicht unbedingt förderlich gewesen sei. Angesichts des geisteswissenschaftlich ausgerichteten und interessierten Publikums, das die Kraft des Wortes höher bewerte als „bunte Bilder“, entschied sich Zervakis für einen klassischen Vortrag „ohne Power Point“. Er bekannte gleich darauf allerdings, dass er sich bei derartigen Vorträgen an Hochschulen wiederholt in der Rolle eines Angeklagten wieder finde. Als „Statthalter des Bologna-Prozesses“ empfinde er sich oft wie auf einer Anklagebank, fühle sich dabei aber nicht so unwohl, denn wer nach nunmehr neun Jahren den bisher erreichten Stand der Umstellung auf Bachelor und Master vorurteilsfrei bewerte, müsse anerkennen, dass der Reformprozess sich zu einer „echten Erfolgsstory“ entwickelt habe. Die Gegner seien lautsstark, während am Bologna-Prozess lautlos weitergearbeitet werde.

Zervakis ging dann auf Hintergründe und Motivationen des Bologna-Prozesses ein. In diesem Zusammenhang bezog er sich u. a. auf die von der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) Hannover erhobenen aktuellen Studienabbrecher-Quoten, die sich zwischen 2004 und 2006 leicht auf etwa 21 % verringert haben. Besonders deutlich zurückgegangen seien die Studienabbrecherzahlen bei den Bachelor-Abschlüssen in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften an den Universitäten: von 27 % in 2004 auf nur noch 10 % in 2006. In diesen, traditionell wenig verschulden Fächern habe sich mit Einführung der neuen europaweit vergleichbaren Studienabschlüsse ein echter Paradigmenwechsel vollzogen. In den alten Magister-, Diplom- und Doktoratsstudiengängen wurde zudem je nach Fach durchschnittlich deutlich länger als die vorgegebene Regelstudienzeit von etwa acht bis zehn Semestern studiert; in den neuen Bachelor-Studiengängen hingegen liege die tatsächliche Studiendauer nur noch bei 6,9 Semestern und damit weitaus näher an der vorgegebenen Regelstudienzeit von etwa sechs Semestern. Allerdings bereite ihm eine Studienabbrecherquote von 30 % in den neuen Bachelor-Programmen der Fachhochschulen, die mit einer vorbildlichen Umstellungsrate von 90% bisher so etwas wie eine „Avantgarde“ seien, gewisse Sorgen. Immer noch brechen dort zu viele Studierende der angewandten Technik- und

Wirtschaftswissenschaften wegen mangelnder Studierbarkeit ab. Hier werde „erheblicher Nachsteuerungsbedarf“ deutlich. An die Adresse der Studiengangsplaner gewandt, appellierte Zervakis, dass sie zukünftig intensiver darauf achten sollten, den Lernstoff aus den alten Diplom-Studiengängen nicht automatisch in die wesentlich kürzeren Bachelor-Studiengänge hineinzustopfen. Zudem seien bessere Betreuungsrelationen und eine effizientere Studienberatung erforderlich, um das neue curriculare Leitbild der „Studierendenzentriertheit“ verwirklichen zu können. Notwendig seien u.a. auch die Lernergebnisse stärker mit fachbezogenen Qualifikationsrahmen abzugleichen. Insgesamt existieren heute rund 8.000 Bachelor- und Master-Studiengänge an deutschen Hochschulen und Universitäten. Es mangle jedoch, wie Zervakis kritisch anmerkte, an Transparenz und Vergleichbarkeit der Studienangebote, weil der Grundkonsens in den Fächerkulturen weitgehend noch fehle über die richtungweisenden Leitlinien und Unterrichtsgegenstände, der aber grundsätzlich notwendig für ein Einführungsstudium und seine wissenschaftlichen Grundlagen sei.

Zervakis ging weiter auf die Licht- und Schattenseiten dieses revolutionären Geschehens ein, obwohl, wie er argumentierte, seit den Humboldt'schen Reformen im 19. Jahrhundert habe es keine vergleichbaren Umwälzungen an deutschen Hochschulen gegeben, so dass Anpassungsschwierigkeiten in der Übergangszeit zu erwarten waren. So könne es zu sozialen Härten kommen, führte er beispielsweise an, da die Berufstätigkeit neben dem Studium kaum mehr möglich sei, weil die Bachelor-Studiengänge viel rigoroser als früher vom „Vollzeitstudierenden“ ausgingen. Da im Mittelpunkt des „Bologna-Prozesses“ an sich die „Studierendenzentriertheit“ stünde, könne es daher jetzt zu einer insgesamt höheren Arbeitsbelastung („workload“) der Studierenden aufgrund eines dichterem Curriculums kommen. Dagegen fehle es weitgehend an flächendeckenden Angeboten für Teilzeit- und Weiterbildungsstudiengänge sowie für Stipendien. Die schlechten finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen seien somit ein zentraler Schwachpunkt der Umsetzung, die nach Ansicht von Zervakis „deutlich verbessert“ werden müssten, wenn „Bologna“ zum Synonym für eine erfolgreiche Reformumsetzung werden soll. Eine „kostenneutrale“ Regelung sei angesichts der mit dem „Bologna-Prozess“ verbundenen immensen Herausforderungen, die neben dem laufenden Lehr- und Forschungsbetrieb bewältigt werden müssten, für die Hochschulen „unmöglich“. Im Gegenteil: Es sei mehr Geld für neue Professuren und eine Reform der alten Kapazitätsverordnung für die Umsetzung der Reformen notwendig, weil die alte KapVO die Hochschullehrer sehr einschränke und zugleich jetzt eine höhere Betreuungsdichte der Studierenden notwendig werde. Die Studienbeiträge allein würden dafür nicht ausreichen.

Als weitere Herausforderung führte Zervakis an, dass der „Bologna-Prozess“ eigentlich mit einer Mobilitätsförderung verbunden sein sollte – die Auslandsmobilität vor allem im Bachelor sei aber tendenziell eher zurückgegangen bzw. auf die Master-Studiengänge verschoben worden (sog. „vertikale Mobilität“). An „Mobilitätsfenstern“, Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erbrachten Studienleistungen und einer notwendigen Flexibilisierung der Studienzeiten müsse weitergearbeitet werden. Im Zeitalter des Erasmus-Programms, betonte er, habe es für die Studierenden aber auch nicht immer positive Erfahrungen gegeben, was etwa die Höhe der finanziellen Ausstattung oder die tatsächliche Relevanz des Studienorts betrifft.

Weiterhin kritisierte Zervakis die starre Auslegung des „Bologna-Prozesses“ mit durchschnittlich nur sechs Semestern für ein Bachelor-Studium an den deutschen Universitäten. Der Bachelor als eigentlich berufsqualifizierender erster Abschluss werde von Studierenden wie Lehrenden fälschlicherweise oft nur als ein kurzes Grundstudium verstanden, „um Grundwissen vollzutanken“ und die sich daran automatisch anschließende Masterphase sei dann als die eigentliche „Kür“ notwendig, weil erst sie zum Beruf führe. Der „Bologna-Prozess“ habe aber eigentlich insgesamt fünf Jahre Spielraum für Bachelor und Master vorgegeben. In diesem Kontext sprach Zervakis vom vorherrschenden 3+2-Modell als einer „deutschen Mimikri-Regelung“, die zu wenig von der im restlichen Bologna-Europa durchaus realisierten Vielfalt Gebrauch mache (3,5+1,5, 4+1). Auch streifte er kritisch den politischen Hintergrund der Föderalismus-Reform mit seiner blockadefreudigen Einstimmigkeitsregelung unter den Ländern bei hochschulpolitisch einschneidenden Entscheidungen. Die deutschen Bundesländer hätten zudem anfangs mit dem „Bologna-Prozess“ Einsparungsmaßnahmen verbinden wollen, was sich im Nachhinein als ein Irrtum herausstellte. Die Reform sei kein Sparunternehmen, Bologna koste Geld. Bisher habe man aber nur von den Hochschulen Vorleistungen erwartet. Zervakis sprach in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit starker Hochschulleitungen an, die im Sinne einer erforderlichen „leadership“ agieren müssten, um die Reform von „top down“, also „vom Kopf bis in die Glieder durchziehen“ zu können. Mit dem „Bologna-Prozess“ sei auch das Ende der alten Gremienuniversität eingeläutet worden. Mit dem „Bologna-Prozess“ stünden die vielfältigen Berufsziele der Studierenden stärker im Mittelpunkt; früher habe dagegen das Ideal des Wissenschaftlers mehr im Vordergrund gestanden. Zervakis will mit dem „Bologna-Prozess“ keinen „Ausverkauf der Wissenschaften“ sehen, aber eine deutliche Trendverschiebung: Weit über 90% der Studierenden würden sich mehr an den Erfordernissen der zukünftigen Arbeitswelt in der freien Wirtschaft orientieren, zumal der Staat als

Arbeitgeber kaum mehr bzw. viel weniger als früher in Frage komme. Die Studierenden erwarteten von ihren Hochschulen die frühe Stärkung ihrer Arbeitsmarktfähigkeit durch den Erwerb eigener Kompetenzprofile. Mit einer Reform der Lehre zur Stärkung von ebenso wissenschafts- und forschungsbasierten wie berufsrelevanten Qualifikationen der Absolventen und fachübergreifenden Seminaren zum Erwerb zusätzlicher so genannter „Schlüsselkompetenzen“ werden die Studierenden von den Hochschulen für das 21. Jahrhundert „fit gemacht“. Studierende, Lehrer und Wissenschaftler würden Teil des europäischen Hochschulraums. Damit verbunden sei eine deutliche Förderung und Steigerung der Autonomie der Hochschulen verbunden mit einer Orientierung an rigorosen Qualitätskriterien. Der „Bologna-Prozess“ verkörpere den Willen zu einer stärkeren Konvergenz, Transparenz und Vergleichbarkeit der „Vielfalt“ der europäischen Hochschulausbildungssysteme. Zervakis schloss mit dem Plädoyer, dass die Bundesländer mehr Finanzmittel bereitstellen müssten, wie er auch zu einer stärkeren Wahlfreiheit in der Ausübung der Verantwortlichkeiten von Lehre und Forschung unter den Professoren ermunterte. „Modernität“ sei „keine hohle Phrase“, die Hochschulen würden mit einer neuen Servicequalität auftreten, was aber langfristig eine durchgreifende Verwaltungsreform erforderlich mache. Laut Zervakis seien die Absolventen und Studierenden in den neuen Bachelor-Studiengängen heute zufriedener als früher. Es gebe sicherlich berechtigte Kritik an Umsetzungsmaßnahmen des Bologna-Prozesses, aber sich auf diese allein zu stürzen, verstelle den Blick für den größeren Kontext und die historische Chance des gesamten Unternehmens „Bologna“, einem Wandlungsprozess der Hochschulen in Europa. Dieser sei jedoch erst angelaufen und noch nicht abgeschlossen. Zervakis räumte ein, dass einige Fehler begangen wurden, einzelne Akkreditierungen mit fahlem Nachgeschmack, die Reakkreditierungen mit negativen Überraschungen nach sich ziehen werden, führte er als Beispiele an, aber insgesamt sei das Vorhaben auf einem guten Weg. Im Anschluss an den anregenden, informativen und ideenreichen Vortrag schloss sich eine intensive und lange Diskussion mit kritisch nachfragenden Studierenden an.